

Deutschland und Polen

Naturgemäß ist der Gewaltverzichtsvertrag von Moskau ein Streitobjekt in den politischen Gegensätzlichkeiten in der Bundesrepublik. Nicht unbedingt und eindeutig lassen sich diese Gegensätzlichkeiten nach den Abgrenzungen der politischen Parteien bestimmen, zumal wenn es sich um die bekannte und vieldiskutierte Frage der Anerkennung der bestehenden Grenzen im Osten Europas handelt. Insbesondere die Vertriebenenverbände protestieren lebhaft gegen das was sie Preisgabe deutscher Rechte nennen, während der Bundeskanzler diesem Argument bekanntlich die Überlegung entgegensetzte, daß bei Abschluß dieses Vertrages auf nichts verzichtet wurde, was nicht schon längst verspielt worden wäre. Eben darum geht es aber in den Auseinandersetzungen über diesen Vertrag, wenn sie auch gelegentlich nur verklausuliert erfolgen. Eindeutig jedoch drückte sich kürzlich die Landsmannschaft Ostpreußen aus, als sie dagegen protestierte, daß man Ostdeutschland und damit auch Ostpreußen „zum Ausland mache“. Das ist gefühlsmäßig bei Menschen verständlich, deren Heimat die von der Sowjetunion und Polen annektierten Gebiete waren. Man kann sicherlich auch in der politischen Wertung bestreiten, daß die Politik der Annexionen der östlichen Siegermacht als spezifisch „sozialistisch“ anzusehen sei oder man sich gar zu ihrer Rechtfertigung auf *Karl Marx* berufen könne. An-

dererseits ist es zweckmäßig, wenn sich heute die Auffassung durchsetzt, man müsse von der gegebenen Lage ausgehen und Rückeroberungen ausschließen, sich an das vielzitierte *Clausewitz-Wort* erinnern, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Hitler hat bekanntlich diese „anderen Mittel“ zum Zentralpunkt seines politischen Handelns gemacht. Die Ergebnisse sind bekannt, und von ihnen wird nunmehr bei dem Versuch ausgegangen, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Staaten im Osten zu entspannen.

Im Fall der Anerkennung, in welcher Form immer, der heutigen polnischen Westgrenze längs der Flüsse Oder und Neisse ist es jedoch notwendig, nicht zu übersehen, daß es sich auch darum handelt, die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, die durch zwei Jahrhunderte im Zeichen nicht nur heftiger nationalpolitischer Auseinandersetzungen, sondern auch der Unterdrückung der nationalen Existenz von Polen durch deutsche Machthaber stand. Mehr als der hypothetische Friedensvertrag, von dem soviel gesprochen wird, wenn man keinen echten Frieden machen will, ist es von Bedeutung, für Frieden zwischen Deutschen und Polen zu sorgen, unabhängig von politischen Herrschaftsstrukturen, die uns nicht gefallen mögen. In dem oftmals aussichtslos erscheinenden Kampf um nationale Selbstbehauptung gegen fremde Herrscher entwickelte sich ein scharf akzentuiertes polnisches Nationalbewußtsein, das sich während des Bestandes des polnischen Staates zwischen 1918 und 1939 quer durch alle politischen Gruppierungen zog, mitunter auch chauvinistische Züge annahm. Es lebt fort unter der jungen Generation des heutigen, gebietsmäßig stark veränderten und im nationalen Bestand homogenen, polnischen Staates, bei den regierenden Kommunisten ebenso wie unter dem mit dem Regime in Urfehde lebenden katholischen Klerus oder auch im Kreise polnischer Emigranten in westlichen Ländern. Dieses aus dem Selbstbehauptungswillen zweier Jahrhunderte erwachsene nationale Bewußtsein ist ein psychologisch-politischer Faktor der nicht zu übersehen, den zu verstehen aber auch notwendig ist, wenn man von deutscher Seite den Versuch unternimmt, den Frieden zwischen Deutschen und Polen herzustellen, jenen Frieden, den es bislang nie gab. Denn die Vergangenheit ist geprägt von jenem überheblichen deutschen Nationalismus, der mit Polen den Begriff „polnische Wirtschaft“ verband und in seinem Herrschaftsbereich vom Bestreben der Entnationalisierung geleitet war.

Seit der ersten Teilung Polens 1772 durch die Herrscher Rußlands, Österreich-Ungarns und des alten Preußen gab es ein polnisches Problem im preußischen Staat, und damit seit 1871 im Bismarck'schen Reich. Man hat es heute meist vergessen¹⁾. Aber es darf nicht vergessen und nicht übersehen werden, wenn wir die vor uns stehende Aufgabe in ihrem geschichtlichen Zusammenhang richtig sehen, richtig bewerten wollen. Dazu gehört die Feststellung, daß das polnische Volk in der Epoche der Bildung europäischer Nationalstaaten gebietsmäßig unter drei fremde Monarchien aufgeteilt war. Lange Zeit waren die Aristokraten Träger des nationalen Gedankens, der erst durch die Unterdrückung zur Volkssache wurde und wie in Oberschlesien erst nach dem ersten Weltkrieg, für die Deutschen völlig unerwartet, explosionsartig hervortrat. Jene Definition, die der österreichische Sozialistenführer und Theoretiker *Otto Bauer*²⁾ über das Wesen der Nation gegeben hatte, nämlich: „Die Nation ist die Gemeinschaft der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen“, verwirklichte sich für die polnische Nation nur stufen- und gebietsweise.

Als im ersten Weltkrieg die drei Kaiserreiche zusammenbrachen, auf die das polnische Volk seit 1772 aufgeteilt gewesen war, entstand wieder ein polnischer Staat, ein Ereignis, dem die öffentliche Meinung und fast mehr noch die nunmehr maßgebenden

1) Übersichtlich dargestellt und hinsichtlich der preußischen Polenpolitik besonders aufschlußreich ist das Werk des Historikers Martin Broszat, „200 Jahre deutsche Polenpolitik“, Mündien 1963, Ehrenwirth Verlag.

2) Fritz Adler, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907.

Politiker im geschlagenen Deutschland von 1918 und den folgenden Jahren völlig hilflos gegenüberstanden. Die Abtrennung der Provinz Posen war vollzogen ehe die in Bildung begriffene und von Unruhen beherrschte Republik irgendwie Stellung nehmen konnte. Wie der Historiker *Martin Broszat* richtig bemerkt, nahmen dann die preußische und die Reichsregierung gegen jede Minderung bislang deutschen Gebietes Stellung, „ohne dabei immer den nötigen Trennungsstrich gegenüber der wilhelminischen Überlieferung zu ziehen“. Wer diese Zeit politisch miterlebte wird versucht sein, das Wort „immer“ in diesem Satz zu streichen. Im Bismarck'schen Reich gab es keine theoretisch-politische Auseinandersetzung, wie sie die Sozialdemokraten *Otto Bauer* und *Karl Renner*³⁾ im österreichischen Vielvölkerstaat schon zu Beginn dieses Jahrhunderts durchführten. Unmittelbar nach dem Krieg aber war keine Gelegenheit, keine Zeit und keine Persönlichkeit vorhanden, um grundsätzliche Überlegungen anzustellen. Man dachte lediglich an die Erhaltung des territorialen Besitzstandes, teilweise durch Vorstellung bei den Siegermächten, die dann auch — nach einer provisorischen Abgrenzung der Hauptgrenzen des in Bildung befindlichen neuen Staates — da und dort in umstrittenen Gebieten Volksabstimmungen anordneten. Teilweise waren diese für Deutschland erfolgreich, da die Menschen in bestimmten Gebieten nicht nur nach der Muttersprache abstimmten. Die „Charaktergemeinschaft“ der Nation, nach *Otto Bauer*, war nicht immer für die Neukonstituierung der polnischen Nation ausgebildet oder sie war, wie vielfach in Oberschlesien, bivalent und zweisprachig, wobei weder das „Wasserpölnisch“ noch das ober-schlesische Umgangsdeutsch eindeutig als „Sprache“ bezeichnet werden konnten. Doch gerade hier gab es einen polnischen Aufstand unter der Führung von *Wojciech Korfanty*, eines Mannes, der dank seiner deutschen Schulausbildung beim Lesen seiner Muttersprache, wie er selbst berichtete, das Wörterbuch zu Hilfe nehmen mußte.

Einer der Irrtümer der deutschen Polenpolitik im alten Reich, der sich in die Weimarer Republik fortsetzte, war, zu glauben, die aufgezwungene deutsche Schule habe aus kleinen Polen gute Deutsche gemacht⁴⁾. Einen Einsatz der gerade erst aufgebauten neuen Reichswehr verhinderten die Siegermächte. So stellten sich den polnischen Aufständischen abenteuerliche Freiwilligenverbände entgegen, die sich, aus dunklen Quellen gespeist, schon 1919 aus den Freikorps der unmittelbaren Nachkriegszeit gebildet hatten und deren Geschichte in der Weimarer Republik einmündet in die Aufstellung der Hitler'schen SA.

Nach der Teilung Oberschlesiens in einen polnischen und einen deutschen Teil und der Teilung des deutschen Reichsgebietes durch den polnischen Korridor sowie der unter Völkerbundaufsicht stehenden „Freien Stadt Danzig“, gab es die „blutende Grenze“, den offiziös geförderten Anspruch auf eine Grenzrevision, unter der sich jeder vorstellen konnte, was ihm gut erschien. Der polnische Staat in der Zeit zwischen 1922 und 1939 war allerdings kein einheitlich nationales Gebilde. Nach einem kurzen aber ereignisreichen Waffengang mit der Sowjetunion umfaßte Polen auch Teile vom einstigen Galizien und Wolhynien, wo die Polen nur eine Minderheit bildeten.

Die „blutende Grenze“ war nicht nur das stets populäre Thema privater Unterhaltung oder journalistischer Erörterungen in den Grenzgebieten. Es gab auch, je nach politischer Lage, Erörterungen über das mehr oder weniger ferne Ziel der Rückgewinnung ehemals preußischer Gebiete. Natürlich war der Korridor, obschon ethnisch nach der alten preußischen Bevölkerungsstatistik durchaus begründbar, das Hauptziel aller Angriffe auf den Bestand der Westgrenze Polens. *Hitlers* scheinbar schwankende Politik Polen gegen-

3) Eine übersichtliche Darstellung der theoretischen Auseinandersetzung zwischen *Karl Renner* und *Otto Bauer* findet sich im Abschnitt VI, »Haltung zur Nationalitätenfrage“ in dem umfangreichen Werk von *Norbert Leser* über den Austromarxismus „Zwischen Reformismus und Bolschewismus“, Europa Verlag, Wien 1965.

4) Eine Analogie zu dieser abwegigen Praxis und irrigen Vorstellung der Komponenten nationalen Bewußtseins ergab sich vor 1962 im damals französischen Algerien. Die französischen Lehrer glaubten allen Ernstes, und mit ihnen alle französischen Regierungen jener Zeit, in der französischen Schule würden aus kleinen Berbern und Arabern „gute Franzosen“ herangezogen.

über in den ersten Jahren nach seiner Machtergreifung ändert nichts an der Tatsache, daß die Westgrenze Polens nie anerkannt wurde. Dieser dunkle Schatten der Vergangenheit in den Beziehungen der Deutschen und Polen verwandelte sich dann 1939 in die tief-schwarze Nacht der erneuten Teilung Polens zwischen Rußland — diesmal die Sowjetunion — und Deutschland, die zu dem beispiellosen Besatzungsterror im Zeichen des Hakenkreuzes führte. Man ergänzte das einstige Reichsgebiet durch polnische Territorien, dann wurde nach Hitler'schem Rezept „Bevölkerungspolitik“ betrieben, indem man die polnische Bevölkerung umsiedelte oder auch nach Naziart liquidierte. Im verbleibenden Polen unter deutscher Herrschaft, dem sogenannten Generalgouvernement, sollte die deutsche Eroberungspolitik die führenden Bevölkerungsschichten ausschalten, also liquidieren, und die für die manuelle Arbeit verwendbaren Polen praktisch versklaven. Es darf nicht vergessen werden, was damals im Namen Deutschlands dort geschah. Aus dem Diensttagebuch des Gouverneurs *Hans Frank* — vor 1933 als Rechtsanwalt Frank II in München bekannt — zitiert Broszat u. a.

„... Meine Herren, wir sind keine Mörder. Für den Polizisten und SS-Mann, der aufgrund dieser Maßnahmen dienstlich verpflichtet ist (...), die Exekutionen durchzuführen, ist das eine furchtbare Aufgabe. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit, dafür zu sorgen, daß aus dem polnischen Volk kein Widerstand mehr emporsteigt.“

Hier wurde, um Clausewitz zu variieren, die Politik mit noch ganz „anderen Mitteln“ fortgesetzt als nur dem Krieg. Wenn man nun aber, dreißig Jahre danach, die Politik zu ihrem Recht kommen lassen will und die „anderen Mittel“ dabei auszuschalten entschlossen ist, dann stellt sich wohl die Frage, ob und wie ein Schlußpunkt unter das leidvolle Kapitel deutsch-polnischer Auseinandersetzungen um Territorien und Vorherrschaft gesetzt werden kann.

Die Niederlage Hitlers im zweiten Weltkrieg gab dem damals bestimmenden Mann der siegreichen Sowjetunion die Gelegenheit, die polnische Frage auf eine sicherlich nicht sonderlich „sozialistische“ wohl aber machtpolitisch besonders wirkungsvolle Weise zu lösen. Die Sowjetunion vereinnahmte Galizien und Wolhynien. Die dortige polnische Bevölkerung wurde nach dem Westen umgesiedelt. Dafür erhielt Polen jene Gebiete, die man bislang etwas euphemistisch „Deutsche Ostgebiete unter fremder Verwaltung“ nennt, nachdem die deutsche Bevölkerung entweder geflohen oder ausgesiedelt worden war. Da dies auf der Potsdamer Konferenz den Westalliierten eigentlich zu weit ging, versah man das Übereinkommen der Sieger mit der nicht sonderlich realistischen Floskel, eine endgültige Regelung der Gebietsfragen werde in einem Friedensvertrag vorgenommen. Der damalige amerikanische Außenminister *Byrnes* warf diese Frage in einer Rede in Stuttgart 1946 auf, nachdem die Kriegsallianz Ost-West gegen Hitler an ihrer inneren Gegensätzlichkeit und nach der Ausschaltung des gemeinsamen Feindes zerbrochen war. Diese Rede trug wohl nicht zuletzt dazu bei, in der dann begründeten Bundesrepublik die Übung aufkommen zu lassen, auf diese „Verwaltung“ der Ostgebiete durch das neue Polen — das von der Sowjetunion direkt annektierte nördliche Ostpreußen wird dabei übergangen — zu verweisen, um darzutun, es sei zum Ausgleich im Osten eigentlich gar nichts Endgültiges festgelegt. Und hierum kreist nun ein erheblicher Teil der Diskussion über den Moskauer Vertrag und die mit Polen zu schließenden Abmachungen. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß Krieg und Machtspruch der Sieger Tatbestände geschaffen haben, die zu verändern bestenfalls ein dritter Weltkrieg vermöchte.

Will man jedoch den Frieden und erkennt man, daß die Zeit seit Kriegsende in der rasanten industriellen Entwicklung der Bundesrepublik die „Volk-und-Raum“-Begriffe des Dritten Reiches und seiner Vorläufer auch für einfache Gemüter gegenstandslos machte, dann wird man nicht umhin können, die heutige polnische Westgrenze als gegeben und damit das Recht des polnischen Volkes auf nationale Existenz und Eigenstaatlichkeit anzuerkennen. Darüber hinaus gibt es eine Reihe psychologisch-politischer Fakto-

ren, die hier eine entscheidende Bedeutung gewinnen. In der gesamten Epoche der Nationwerdung der europäischen Völker seit Beginn des 19. Jahrhunderts wurde dem polnischen Volke dieses Recht auf nationale Existenz und Eigenstaatlichkeit verwehrt. Die Deutschen wollten es „eindeutschen“, die Russen russifizieren. Unabhängig von sozialen Wandlungen, dem ehemals beherrschenden Einfluß des Adels und den politisch-sozialen Gegensätzen, unabhängig aber auch vom Gegensatz zwischen dem nunmehr herrschenden kommunistischen Regime und den zahlreichen weit verstreut lebenden antikommunistischen Emigranten oder der in Polen selbst immer noch in ihrem Einfluß auf die breiten Volksmassen bedeutsamen katholischen Kirche ist daher die Frage, die im polnischen politischen Bewußtsein vorherrscht, nämlich die Frage der Anerkennung der Selbständigkeit von Staat und Nation. So nur erklärt sich das politische Gewicht einer Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze, also der Westgrenze des neuen polnischen Staates, durch die Bundesrepublik, obwohl diese Grenze an sich die Grenze der DDR darstellt, die offenbar für die gegenwärtige polnische Staatsführung, ungeachtet aller ideologisch begründeten Freundschaftsbeteuerungen, doch wohl nicht für ganz Deutschland zu sprechen berufen ist.

Diese Anerkennung der polnischen Nation und ihres Staates bedeutet, von deutscher Seite, sicherlich so etwas wie nationalpolitische Selbstüberwindung, stellt aber, wenn man diese Selbstüberwindung aufbringt, einen Schlußstrich unter den nationalen Konflikten dar, die seit 1727 in den verschiedensten Formen das Verhältnis von Polen und Deutschen belastete. Aktuell betrachtet bedingt dieser Schritt zweifellos auch, daß der Propaganda gegen den vorgeblichen bundesdeutschen „Revanchismus“ viel Wind aus den Segeln genommen wird.